

## Die Schlußsitzung der Berner Konferenz.

Bern, 24. November. Den breitesten Raum in der Erledigung der Tagesordnung der morgigen öffentlichen Sitzung der internationalen Zusammenkunft zum Studium der Grundlagen eines dauernden Friedens beanspruchte der letzte Punkt, nämlich der Bericht über das Problem der parlamentarischen Kontrolle.

Nationalrat Scherrer (St. Gallen) präsidierte. Für die Berichterstattung über die Vorbesprechung dieser Frage war je ein Referent aus Deutschland, Oesterreich und Ungarn bestellt worden.

Abg. Bernstein plädierte für die Abschaffung der geheimen diplomatischen Verträge und Abkommen, für die Ausdehnung des bereits von den parlamentarischen Ausschüssen geübten Kontrollrechtes, für die Erweiterung der Vollmachten dieser Ausschüsse in den verschiedensten Hinsichten und für die Rückkehr zum

freien Handel zwischen den Nationen und ungehemmten Güteraustausch zwischen allen Staaten. Die Ausdehnung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf die Frage der Kriegserklärung und des Friedensschlusses gehöre an die Spitze der Forderung nach einer parlamentarischen Kontrolle der Diplomatie.

Professor Jassi (Budapest) legte dar, man könne äußere und innere Politik nicht voneinander trennen. Man könne nicht einerseits Kontrolle in auswärtigen Angelegenheiten üben, während andererseits die innere Politik imperialistisch vergiftet sei und selbst die parlamentarische Kontrolle der inneren Politik fehle. Zwischen Volksseele und Parlamentarismus bestehe eine so tiefe Kluft, daß es nach dem Kriege zu weitgehenden konstitutionellen Umwälzungen kommen müsse. Er sei fest überzeugt, daß nach dem Kriege der Parlamentarismus auf der Anklagebank der Völker sitzen werde. Die Völker werden neue Mittel suchen müssen, um den verrotteten Parlamentarismus auf neue Bahnen zu führen. Man braucht nicht nur eine Kontrolle gegenüber der Diplomatie und der Regierung, sondern auch eine demokratische Kontrolle der außerparlamentarischen Öffentlichkeit gegenüber dem Parlament selbst. Der Parlamentarismus an und für sich ohne erleuchtete öffentliche Meinung sei machtlos. Mit der Organisierung des Willens der Demokratie allein sei nichts getan, man müsse auch erleuchtete Vernunft in die Demokratie hineintragen. Schuld an der Rückständigkeit der öffentlichen Meinung trage der Umstand, daß sich bisher nur ein kleiner Teil der Bevölkerung mit den Problemen der äußeren Politik wissenschaftlich beschäftigte, aber auch die Nichterfüllung ihrer Aufklärungsaufgaben seitens der Presse und deren Mitarbeiter, die größtenteils mit der Materie ungenügend vertraut seien.

Der Referent schloß mit dem Wunsche, daß zunächst eine pazifistische innerstaatliche Politik gemacht werde, welche die Erfüllung zweier Grundforderungen erheische, nämlich den Schutz der nationalen Minderheiten und die Rückkehr zum Freihandel, da die imperialistische Politik die logische Fortsetzung der Schutzollpolitik sei.

Als letzter Redner zur Tagesordnung gelangte Referent Graf Pininski zum Wort, der sich mit der Frage der Ausbildung des internationalen Rechtes befahte und ausführte, die mangelnde Ausbildung desselben sei eine Ursache des Weltkrieges gewesen. Was die parlamentarische Kontrolle über die äußere Politik anlange, sei Redner ein überzeugter Anhänger dieser Forderung. Nicht nur die kleineren unbedeutenden Staatsverträge, sondern sämtliche internationalen Verträge sollten den Parlamenten unterbreitet werden. Es würde aber zu weit gehen, zu sagen, daß die parlamentarische Kontrolle in allen Staaten nach der gleichen Schablone geübt werden solle. Man dürfe die Durchführung des Programms nicht durch zu weit gehende Forderungen erschweren. Man dürfe nicht gewisse Volksteile oder bestimmte Parteien vom Pazifismus abstoßen. Es müsse allen Kreisen der Bevölkerung und allen Parteien ermöglicht werden, an der Verwirklichung der pazifisti-

97  
26./XII. 1917  
schen Bestrebungen mitzuarbeiten. Nicht nur die sogenannten radikalen Parteien, sämtliche Parteien, die das Unglück des Weltkrieges miterlebten und die Einsicht gewonnen haben, daß eine völlige Umkehr in der Politik vonnöten sei, müssen sich vereinigen, um dem pazifistischen Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen. Redner verwies schließlich auf die hohe, wachsende Bedeutung, welche den kleinen, hochkultivierten neutral gebliebenen Staaten in der Zukunft zukommen werde, und schloß hieran unter lebhaftem Beifall warme Worte des Dankes an die Schweiz als Trägerin des Friedensgedankens, auf deren gastlichem Boden gegenwärtig die Tagung stattfinden konnte. Hiemit war die Tagesordnung erschöpft.

Kommerzialrat Julius Meinel setzte die große Bedeutung der beendigten Beratungen auseinander, welche eine überaus wertvolle, ausgezeichnete Arbeit geleistet haben, brachte unter lebhafter Zustimmung aller fremden Delegierten deren innigsten Dank für die Gastfreundschaft der Schweiz und deren liebenswürdige sympathische Bevölkerung zum Ausdruck und richtete herzliche Worte der Anerkennung und des Dankes an den um die Förderung der pazifistischen Bestrebungen und um das Zustandekommen der gegenwärtigen Tagung hochverdienten Vorsitzenden Scherrer-Füllmann.

Unter anhaltenden Sympathieklängebungen erhob sich der Vorsitzende, um für die an ihn gerichteten Worte den Dank auszusprechen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Bitte an die Presse aller Länder, den pazifistischen Bestrebungen jene Aufmerksamkeit zu widmen, die sie angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre verdienen.

\* \* \*

Aus Bern wird der „Pol. Kor.“ berichtet: Die internationale Pazifistenkonferenz, die zwecks Beratung der Grundlage eines dauernden Friedens in Bern hätte stattfinden sollen, ist bekanntlich infolge der von den Ententeeregierungen ausgehenden Schwierigkeiten vorläufig auf unbestimmte Zeit verschoben worden. An ihrer Statt finden hier zwanglose Besprechungen der bereits eingetroffenen Delegierten statt. Bisher hatte sich die gesamte weltliche Presse gegenüber diesen Besprechungen vollständig ablehnend verhalten und die Verhandlungen ignoriert. Um so bemerkenswerter ist ein Artikel des „Journal de Geneve“ vom 22. d., der folgenden Bericht über die Konferenz gibt: Eine interessante internationale Konferenz hat gestern ihre Arbeiten in Bern begonnen. Es handelt sich um Parlamentarier und Gelehrte, die die Frage studieren, welche die Grundlage einer zukünftigen Gesellschaft der Nationen sein könnte. Die Männer, die die Initiative zu dieser Konferenz ergriffen haben, sind eine Garantie für das unparteiliche und ehrenhafte Ziel, das die Konferenz anstrebt. Die Gesellschaft der Nationen ist nicht Sache des Herrn Clemenceau. Dieser hat in seiner Eröffnungsrede erklärt, daß, wann man Deutschland zur Teilnahme an der Konferenz einladen würde, Frankreich derselben fernbleiben wolle. Die wirkliche Frage liegt aber nicht da. Es handelt sich darum, zu wissen, ob die zivilisierte Menschheit eine

Organisation schaffen kann, die so weit als möglich das Risiko weiterer Kriege ausschließt. Diese Organisation kann nur dann wirksam sein, wenn alle Nationen zugelassen werden, sonst fällt man wieder in den früheren Stand der Dinge zurück, das heißt, man bleibt beim System der Allianzen und Rivalitäten. Gegenüber dem Plan für die Zukunft, der dieser Tage von ehrlichen Leuten auf Tapet gebracht wird, sollten vernünftige Leute, selbst wenn die größten Patrioten sind, durch nichts verblen-<sup>det</sup> sein.